

## 564 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

# Bericht des Justizausschusses

### über die Regierungsvorlage (440 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bewährungshilfegesetz geändert wird

Der Justizausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage erstmals in seiner Sitzung am 4. November 1980 in Verhandlung genommen. Nach Wortmeldungen der Abgeordneten Blecha, Dr. Hauser und des Ausschußobmannes Dr. Steger sowie des Bundesministers für Justiz Dr. Broda wurden die Verhandlungen vertagt und am 9. Dezember 1980 fortgesetzt. In dieser Sitzung beteiligten sich an der Debatte die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dr. Hauser, Blecha, Dr. Steger, Otilie Rochus und Dr. Jolanda Offenbeck sowie der Bundesminister für Justiz Dr. Broda.

Von den Abgeordneten Blecha, Dr. Steger und Dr. Hauser wurde im Zuge der Verhandlungen ein umfangreicher Abänderungsantrag zur Regierungsvorlage eingebracht.

Bei der Abstimmung wurde die gegenständliche Regierungsvorlage unter Berücksichtigung des oberwähnten gemeinsamen Abänderungsantrages in der diesem Bericht beigedruckten Fassung einstimmig angenommen.

Zum Inhalt der Vorlage ist folgendes zu bemerken:

Die Regierungsvorlage soll vor allem eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen, daß das Bundesministerium für Justiz die Führung der Bewährungshilfe weiterhin so wie bisher privaten Vereinigungen übertragen kann. Im Hinblick darauf scheint es dem Ausschuß notwendig, die Rechtsbeziehungen zwischen dem Bundesministerium für Justiz und den Vereinigungen, deren Geschäftsstellen und den dafür tätigen Bundesbediensteten einwandfrei festzulegen. Über die Vorschläge der Regierungsvorlage hinaus empfiehlt der Ausschuß folgende Regelungen:

1. Die Übertragung der Führung der Bewährungshilfe an private Vereinigungen läßt die Zuständigkeiten unberührt, die dem Bundesministerium für Justiz zB nach § 12 in bezug auf die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Bewährungshelfer oder nach § 14 als Rechtsmittelinstanz vorbehalten sind (§ 24 Abs. 1). Was die Übertragung selbst betrifft, so soll künftig die Kenntnissnahme davon für alle daran Interessierten dadurch erleichtert werden, daß darüber jeweils eine entsprechende Kundmachung im Amtsblatt der österreichischen Justizverwaltung zu erfolgen hat (§ 24 Abs. 4).

2. Die Vereinigungen haben in ihren Vorschlägen den Aufwand der einzelnen Geschäftsstellen gesondert auszuweisen (§ 25 Abs. 1) und das Bundesministerium für Justiz hat erforderlichenfalls dafür zu sorgen, daß die den Vereinigungen dafür zur Verfügung gestellten Mittel auf die einzelnen Geschäftsstellen entsprechend ihrem Bedarf aufgeteilt werden (§ 25 Abs. 3).

3. Die Aufsichtsrechte des Bundesministeriums für Justiz i.e.S. werden in einem eigenen Paragraphen übersichtlich zusammengefaßt (§ 27) und nach zwei Richtungen hin ergänzt:

- a) Das Bundesministerium für Justiz soll das Recht haben, den Ersatz des Aufwandes einzelner Geschäftsstellen davon abhängig zu machen, daß diese Stellen ihre Gebarung der für Dienststellen des Bundes vorgeschriebenen Gebarung angleichen (Abs. 2).
- b) Es wird klargestellt, daß der Bundesminister für Justiz auch in dem grundsätzlich den Vereinigungen vorbehaltenen fachlichen Bereich nötigenfalls Anordnungen zu treffen hat, um eine den maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen entsprechende einheitliche Vorgangsweise zu gewährleisten, also zur Abwendung oder Abstellung offensichtlich gesetzwidriger Praktiken (Abs. 4).

4. Die Regierungsvorlage hatte vorgeschlagen, die Bestimmungen darüber, welche Aufzeichnungen der Bewährungshelfer über die ihm übertragenen Betreuungsfälle zu führen hat, in einer Weise zu ändern, die im Ergebnis zT mit einer Verringerung derzeit bestehender Kontrollmöglichkeiten der vorgesetzten Stellen verbunden wäre. Der Justizausschuß hielt eine solche Verringerung nicht für wünschenswert; er empfiehlt daher die Beibehaltung der bisher geltenden Regelung.

Zwei weitere Vorschläge der Regierungsvorlage gehen dahin, die teilweise schon bisher geübte Betreuung Straffälliger durch Bewährungshelfer ohne richterliche Anordnung („freiwillige Betreuung“) und die gleichfalls schon bisher geübte Förderung der in mehreren Städten eingerichteten Stellen für Entlassenenhilfe durch den Bund auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Der Ausschuß ist der Meinung, daß das Institut einer Bewährungshilfe ohne richterliche Anordnung und Kontrolle vor einer so weitgehenden gesetzlichen Verankerung wie in der Regierungsvorlage vorgesehen noch einer gründlicheren Erörterung bedürfte, zumal im Hinblick auf die damit verbundenen kriminalpolitischen und verfassungsrechtlichen Implikationen. Demgegenüber erachtet der Ausschuß die gesetzliche Fundierung der Förderung von Einrichtungen für Entlassenenhilfe durch den Bund sowohl in kriminalpolitischer Hinsicht für wünschenswert als auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht für unbedenklich. Dies gilt sinngemäß für die Förderung derjenigen Fälle einer freiwilligen Betreuung, die sich

der Sache nach gleichfalls als Hilfe für Entlassene innerhalb eines überschaubaren Zeitraums darstellen (Art. II).

Sowohl zur Erleichterung der parlamentarischen Kontrolle als auch zur Verbesserung des Informations- und Meinungsaustausches zwischen den in der Bewährungshilfe tätigen Personen, den mit der Führung betrauten Vereinigungen, dem BMJ und den im Nationalrat vertretenen Parteien empfiehlt der Ausschuß weiter die Einrichtung eines Beirates für Bewährungshilfe. Der Beirat soll sich aus 6 Vertrauensleuten der Parteien und einem vom BMJ zu entsendenden Mitglied zusammensetzen. Er soll sich auf geeignete Weise, insbesondere durch Aussprachen und Einholung von Auskünften, ein Bild von den im Bereich der Bewährungshilfe entfalteten Tätigkeiten machen, Anregungen entgegennehmen und dazu Stellung nehmen (§ 28). Was die Einzelheiten der vorgeschlagenen Bestimmung betrifft, so bestand im Justizausschuß insbesondere Einvernehmen darüber, daß Abs. 3 vorletzter Satz einer Bestellung von Beamten oder Vertragsbediensteten im Ruhestand zu Vertrauenspersonen auch dann nicht entgegenstünde, wenn die betreffenden Personen im Aktivstand dem Verwaltungsbereich des BMJ angehört haben.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Justizausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1980 12 09

Lona Murowatz  
Berichterstatter

Dr. Steger  
Obmann

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXXXX  
XXXX, mit dem das Bewährungshilfegesetz  
geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**ARTIKEL I**

**Änderungen des Bewährungshilfegesetzes**

Das Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 426/1974 und 625/1978, wird wie folgt geändert:

1. § 2 hat zu lauten:

„§ 2. (1) Für jede Dienststelle für Bewährungshilfe (§ 3) sind als hauptamtlich tätige Bewährungshelfer geeignete Beamte der Verwendungsgruppen A und B oder Vertragsbedienstete des Bundes der Entlohnungsgruppen a und b zu bestellen, die das 24. Lebensjahr, wenn sie aber ausnahmsweise aus besonderen Gründen schon vorher zur Ausübung der Tätigkeit eines Bewährungshelfers geeignet erscheinen, doch mindestens das 21. Lebensjahr vollendet haben.

(2) Als Bewährungshelfer können auch provisorische Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes bestellt werden, die sich in Ausbildung befinden.“

2. § 4 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Als Dienststellenleiter darf nur bestellt werden, wer seit fünf Jahren, wenn er aber aus besonderen Gründen schon vorher zur Ausübung der Tätigkeit eines Dienststellenleiters geeignet erscheint, doch mindestens seit drei Jahren als Bewährungshelfer hauptamtlich tätig ist und das im § 2 Abs. 1 bezeichnete Ernennungserfordernis erfüllt. Der Leiter einer Dienststelle am Sitz des Landesgerichtes (§ 5 Abs. 2) und der ständige Vertreter dieses Leiters müssen Beamte der Verwendungsgruppe A oder Vertragsbedienstete des Bundes der Entlohnungsgruppe a sein. Beim ständigen Vertreter des Dienststellenleiters kann von diesem Erfordernis abgesehen werden, wenn ein geeigneter Beamter oder Vertragsbediensteter dieser Verwendungs- oder Entlohnungsgruppe nicht zur Verfügung steht.“

3. Nach § 7 wird eingefügt:

**„Beratung der Bewährungshelfer**

§ 7 a. Den hauptamtlich tätigen Bewährungshelfern ist Gelegenheit zu Aussprachen über ihre Tätigkeit mit einer Person zu geben, die weder Dienststellenleiter noch in dessen Vertretung Leiter der Besprechungen (§ 7), an denen die betreffenden Bewährungshelfer teilnehmen, oder sonst Vorgesetzter dieser Bewährungshelfer ist. Hiezu sind in der Sozialarbeit erfahrene Personen zu bestellen, die für diese Art der Beratung geschult sind und befähigt erscheinen; sie sind über den Gegenstand der Aussprache jedermann gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet.“

4. Im § 12 Abs. 2 hat der erste Satz zu lauten:

„Als ehrenamtlich tätiger Bewährungshelfer darf nur aufgenommen werden, wer das 24. Lebensjahr, wenn er aber ausnahmsweise aus besonderen Gründen schon vorher zur Ausübung der Tätigkeit eines Bewährungshelfers geeignet erscheint, doch mindestens das 21. Lebensjahr vollendet hat; im übrigen muß er fähig sein, das Amt eines Geschwornen oder Schöffen auszuüben, wobei jedoch vom Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft abgesehen werden kann, wenn dies aus besonderen Gründen geboten erscheint, um anfallende Betreuungsaufgaben erfüllen zu können.“

5. Im § 13 Abs. 3 hat die Z 1 zu lauten:

„1. das Heim von einer Person geleitet wird, die die Anstellungserfordernisse für den Dienst eines hauptamtlich tätigen Bewährungshelfers oder eines Erziehers der Verwendungsgruppe L 2 erfüllt,“

6. § 14 und seine Überschrift haben zu lauten:

**„Vorgesetzte Behörde**

§ 14. Die Dienststellen für Bewährungshilfe unterstehen dem Bundesministerium für Justiz, das auch über Berufungen gegen Bescheide der Dienststellen zu entscheiden hat.“

7. An die Stelle der §§ 24 bis 28 treten folgende Bestimmungen:

#### „Führung der Bewährungshilfe durch private Vereinigungen

§ 24. (1) Der Bundesminister für Justiz kann die Besorgung der Aufgaben der im ersten Abschnitt dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Einrichtungen für den Bereich einer oder mehrerer Dienststellen einer privaten Vereinigung übertragen, die in der Bewährungshilfe tätig ist, über ähnliche Einrichtungen verfügt und zur Mitarbeit bereit ist. Im Fall einer solchen Übertragung bleiben dem Bundesminister für Justiz unbeschadet der §§ 12 und 13 die Aufgaben vorbehalten, die sich aus einer sinngemäßen Anwendung des § 14 in Verbindung mit dem folgenden Abs. 3 und den §§ 25 bis 27 ergeben.

(2) Solange die Führung der Bewährungshilfe privaten Vereinigungen übertragen ist, sind die Vorschriften des zweiten Abschnittes dieses Bundesgesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle des Leiters der Dienststelle für Bewährungshilfe der Leiter der Geschäftsstelle der Vereinigung tritt, der die Führung der Bewährungshilfe im Sprengel der Dienststelle übertragen ist.

(3) Soweit die Führung der Bewährungshilfe einer privaten Vereinigung übertragen ist, hat diese unbeschadet der dem Bundesministerium für Justiz vorbehaltenen Rechte dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des durch die gesetzlichen Bestimmungen und die für die Erfüllung zur Verfügung stehenden Personen und Mittel gezogenen Rahmens die Bewährungshilfe nach einheitlichen Gesichtspunkten und nach den Erkenntnissen über ihre zweckmäßigste Gestaltung durchgeführt wird.

(4) Der Bundesminister für Justiz hat durch Veröffentlichung im Amtsblatt der österreichischen Justizverwaltung kundzumachen, für den Bereich welcher Dienststellen und an welche Vereinigungen eine Übertragung erfolgt.

#### Ersatz des Aufwandes

§ 25. (1) Das Bundesministerium für Justiz hat einen Vorschuß auf den vermutlichen Aufwand, der privaten Vereinigungen aus der Führung der Bewährungshilfe (§ 24) erwächst, auf Grund der Voranschläge der Vereinigungen unter Zugrundelegung einer sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Verwaltung aus den im jeweiligen Bundesfinanzgesetz vorgesehenen Aufwandskrediten für Bewährungshilfe zu gewähren. Hat eine Vereinigung mehrere Geschäftsstellen eingerichtet, so ist in den Voranschlägen der Aufwand der einzelnen Geschäftsstellen gesondert auszuweisen.

(2) § 13 Abs. 5 und 6 dieses Bundesgesetzes ist dem Sinne nach anzuwenden.

(3) Soweit sich das Bundesministerium für Justiz nicht in Vollziehung des § 27 Abs. 2 die unmittelbare Anweisung von Mitteln an einzelne Geschäftsstellen vorbehält, hat es erforderlichenfalls auf andere Weise dafür Sorge zu tragen, daß die einer Vereinigung hiefür zur Verfügung gestellten Mittel auf die von ihr eingerichteten Geschäftsstellen entsprechend dem Bedarf dieser Stellen aufgeteilt werden.

#### Verwendung von Beamten und Vertragsbediensteten für die Bewährungshilfe

§ 26. Soweit die Führung der Bewährungshilfe einer privaten Vereinigung übertragen ist, hat das Bundesministerium für Justiz nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die Planstellen des Planstellenbereiches Bewährungshilfe mit Beamten und Vertragsbediensteten zu besetzen und diese Beamten und Vertragsbediensteten der Vereinigung zur Besorgung von Aufgaben der Bewährungshilfe einschließlich der damit verbundenen Verwaltungsaufgaben zur Verfügung zu stellen:

1. Die Vereinigung muß eine gutachtliche Äußerung erstattet haben, wonach der in Betracht kommende Bewerber zur Erfüllung von Aufgaben der Bewährungshilfe voraussichtlich geeignet ist.

2. Die Beschäftigung des Bediensteten bei der Geschäftsstelle, an der er Aufgaben der Bewährungshilfe besorgen soll, muß nach übereinstimmender Auffassung des Bundesministeriums für Justiz und der Vereinigung in jenem Umfang gesichert sein, wie sie für hauptamtlich tätige Bewährungshelfer vorgesehen ist (§ 21 Abs. 1).

3. Die Bestellung zum Geschäftsstellenleiter erfolgt durch das Bundesministerium für Justiz nach Anhörung der betreffenden Vereinigung. Der zum Geschäftsstellenleiter bestellte Beamte oder Vertragsbedienstete ist vorgesetztes Organ der übrigen der Geschäftsstelle zugeteilten Beamten und Vertragsbediensteten.

4. Die einer Vereinigung zur Verfügung gestellten Beamten und Vertragsbediensteten haben unbeschadet der dem Bundesministerium für Justiz vorbehaltenen Rechte den Anordnungen Folge zu leisten, die die von der Vereinigung hiezu bestellten Organe zur Erfüllung der nach § 24 Abs. 3 der Vereinigung obliegenden Verpflichtungen treffen.

#### Aufsicht

§ 27. (1) Das Bundesministerium für Justiz hat die Besorgung der Aufgaben der Bewährungshilfe durch die Geschäftsstellen und die ihnen zugewiesenen Personen zu überprüfen.

(2) Das Bundesministerium für Justiz hat die Zuweisung von Vorschüssen (§ 25) davon abhängig zu machen, daß Geschäftsstellen ihre Ge-

barung den für Dienststellen des Bundes geltenden Bestimmungen angleichen, soweit dies für eine sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Verwaltung notwendig erscheint.

(3) Die Dienstaufsicht des Bundesministeriums für Justiz über die einer Vereinigung zur Verfügung gestellten Beamten und Vertragsbediensteten erstreckt sich auch auf ihre dort ausgeübte Tätigkeit.

(4) Der Bundesminister für Justiz hat für das Verhalten der den Geschäftsstellen zugeteilten Beamten und Vertragsbediensteten in dem im § 24 Abs. 3 umschriebenen Bereich die notwendigen Weisungen zu erteilen, um eine den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende einheitliche Vorgangsweise zu gewährleisten. Vor Erteilung solcher Weisungen hat der Bundesminister der Vereinigung Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben.

#### VIERTER ABSCHNITT

##### Beirat für Bewährungshilfe

§ 28. (1) Ist die Führung der Bewährungshilfe einer oder mehreren privaten Vereinigungen übertragen, so wird beim Bundesministerium für Justiz ein Beirat für Bewährungshilfe eingerichtet.

(2) Der Beirat ist berechtigt, sich von der Tätigkeit der mit der Führung der Bewährungshilfe betrauten privaten Vereinigungen durch Aussprachen mit den Vertretern dieser Vereinigungen, durch Besuche von Geschäftsstellen der Vereinigungen, durch Einholung von Auskünften des Bundesministeriums für Justiz, der Vereinigungen und auf andere geeignete Weise ein Bild zu machen, Anregungen entgegenzunehmen und dazu Stellung zu nehmen. Er hat weiters das Recht, alljährlich über seine Tätigkeit dem Bundesministerium für Justiz zu berichten und Anregungen zu erstatten.

(3) Die im Hauptausschuß des Nationalrates vertretenen Parteien sind berechtigt, in den Beirat insgesamt sechs Personen ihres Vertrauens zu entsenden. Dabei hat auf jede Partei wenigstens eine Vertrauensperson zu entfallen; im übrigen ist das Kräfteverhältnis der Vertretung im Hauptausschuß zu berücksichtigen. Die Vertrauenspersonen dürfen weder aktive Beamte oder Vertragsbedienstete aus dem Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Justiz noch Mitglieder oder Angestellte der mit der Führung der Bewährungshilfe betrauten privaten Vereinigungen sein. Eine weitere Person ist vom Bundesminister für Justiz zu bestellen.

(4) Der Beirat wählt aus seiner Mitte mit Stimmenmehrheit den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

(5) Der Beirat wird vom Vorsitzenden, in dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter einberufen. Er kann nur in Anwesenheit des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und wenigstens zweier weiterer Mitglieder tätig werden und Beschlüsse nur fassen, wenn alle Mitglieder eingeladen sind. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

(6) Die Mitglieder des Beirates sind, außer wenn sie eine amtliche Mitteilung zu machen haben, jedermann gegenüber zur Verschwiegenheit über die in Ausübung ihrer Tätigkeit gemachten Wahrnehmungen verpflichtet, deren Geheimhaltung im berechtigten Interesse einer beteiligten Person gelegen ist. Die Verletzung dieser Pflicht auf die in § 301 Abs. 1 des Strafgesetzbuches bezeichnete Weise ist nach dieser Bestimmung zu bestrafen.

(7) Die Tätigkeit der Vertrauenspersonen ist eine ehrenamtliche.“

8. Die Überschrift vor § 29 hat zu lauten:

##### „FÜNFTER ABSCHNITT

##### Änderungen des Jugendgerichtsgesetzes 1961“

9. Die Bezeichnung des bisherigen fünften Abschnittes wird in „SECHSTER ABSCHNITT“ geändert.

#### ARTIKEL II

##### Einrichtungen für Entlassenenhilfe

(1) Die Einrichtung und der Betrieb von Stellen, in denen Personen nach ihrer Entlassung aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen bei ihren Bemühungen um die Erlangung weiterer Hilfen zur Vermittlung von Unterkunft und Arbeit sowie überhaupt um die Wiedereingliederung in das Leben in Freiheit mit Rat und Tat unterstützt werden, und die Betreuung solcher Personen sind vom Bund zu fördern. Die Förderung hat zu erfolgen:

- a) durch die Gewährung von Zuschüssen nach Maßgabe der hiefür nach dem jeweiligen Bundesfinanzgesetz verfügbaren Bundesmittel, wobei anzustreben ist, daß aus Mitteln anderer Gebietskörperschaften jeweils gleich hohe Zuschüsse geleistet werden;
- b) dadurch, daß den Stellen geeignete Beamte und Vertragsbedienstete des Planstellenbereiches Bewährungshilfe des Bundesministeriums für Justiz (§ 26 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes) zur Verfügung gestellt werden;
- c) dadurch, daß diese Personen im Fall einer unbedingten Entlassung auf ihr Ersuchen und mit ihrer Zustimmung nach Art der-

jenigen Personen betreut werden, denen ein Bewährungshelfer bestellt wird. Eine solche Betreuung darf nur auf Anordnung des Leiters der zuständigen Geschäftsstelle für Bewährungshilfe und nur insoweit erfolgen, als sie den Umständen nach geboten erscheint, um dem Entlassenen zu helfen, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern und die Begehung weiterer strafbarer Handlungen zu vermeiden, und die Übernahme der Betreuung ohne Beeinträchtigung der Besorgung der Aufgaben der Bewährungshilfe möglich ist. Die Anordnung gilt für die den Umständen nach erforderliche Zeitdauer, längstens aber bis zum Ablauf des ersten auf den Tag der letzten Entlassung folgenden Jahres.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung besteht nicht.

(2) Zuschüsse nach Abs. 1 dürfen physischen und juristischen Personen nur zur Einrichtung und zum Betrieb solcher Stellen der im Abs. 1 bezeichneten Art gewährt werden, die mit Rücksicht auf die Zahl der Personen, die die dort gebotenen Hilfen in Anspruch nehmen, zweckmäßig und wirtschaftlich erscheinen.

(3) Vor Gewährung von Zuschüssen hat sich der Förderungswerber dem Bund gegenüber zu verpflichten, über die widmungsgemäße Verwendung der Zuschüsse alljährlich Bericht zu erstatten, Rechnung zu legen und zum Zweck der Überwachung der widmungsgemäßen Verwendung der Zuschüsse Organen des Bundes die Überprüfung der Durchführung durch Einsicht in die Bücher und Belege sowie durch Besichti-

gung an Ort und Stelle zu gestatten und ihnen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Ferner hat sich der Förderungswerber zu verpflichten, bei nichtwidmungsgemäßer Verwendung von Zuschüssen oder Nichteinhaltung der im Vorstehenden angeführten Verpflichtungen diese dem Bund zurückzuzahlen, wobei der zurückzuzahlende Betrag für die Zeit von der Auszahlung bis zur Rückzahlung mit 3 vH über den jeweils für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank geltenden Zinsfuß pro Jahr zu verzinsen ist.

(4) Die Förderung erstreckt sich nicht auf allfällige Tätigkeiten der in Abs. 1 bezeichneten Stellen, die diese gegenüber Personen nach Ablauf des ersten auf den Tag der letzten Entlassung folgenden Jahres entfalten.

### ARTIKEL III

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 1981 in Kraft.

(2) Personen, die zu Aufgaben der Sicherheits- oder Kriminalpolizei verwendet werden (§ 12 Abs. 2 zweiter Satz des Bewährungshilfegesetzes), dürfen als ehrenamtlich tätige Bewährungshelfer nur noch in den Fällen tätig sein, in denen sie bereits vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes als Bewährungshelfer bestellt worden sind.

### ARTIKEL IV

#### Vollziehung

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Justiz betraut.